

Michael Wendl

Zwischen makroökonomischer Inkompetenz und Alarmismus ***Deutsche Haltungen zum Fiskalpakt und zum Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM***

1. Wenn über die Konstruktionsfehler der Europäischen Währungsunion gesprochen wird, geht es in der Regel darum, dass die gemeinsame Währung über keinen gemeinsamen wirtschaftspolitischen Unterbau verfügt, wie dies die sog. „Krönungstheorie“ einer Währungsunion verlangt hatte. Danach wäre die gemeinsame Währung, der Euro, die Krone oder der Hut auf einer gemeinsamen und durch europäische Institutionen befestigten Wirtschafts- und Sozialunion geworden. Diese theoretisch denkbare Lösung wurde abgelehnt, weil sich die herrschende ökonomische Meinung die Währungsunion nur als Wettbewerbsunion und nicht als politisch relativ einheitlich geregelten Wirtschaftsraum vorstellen wollte oder konnte.

Das war aber nicht der einzige Konstruktionsfehler. Der zweite Fehler bestand und besteht darin, dass die neue Zentralbank, die EZB, nicht nach dem Muster der anderen großen Zentralbanken als „Lender of the last Resort“, und damit als Garant des Geldes, sondern als Stabilitätswächter des Geldwerts nach dem Muster der deutschen Bundesbank gestaltet wurde. Was wir seit dem Herbst 2010, dem offenen Ausbruch der Krise der europäischen Währungsregion, erleben, ist einerseits eine konfliktreiche und politisch wie geldpolitisch hoch umstrittene Selbstermächtigung der EZB zu dieser Rolle des Gläubigers der letzten Instanz – was zu zwei Rücktritten wichtiger deutscher Zentralbanker, Weber und Stark geführt hatte –, zum anderen die nachträgliche und nur stückweise erfolgte Aufwertung der Funktion der Zentralbank in diese Richtung. Aus deutscher Sicht wird diese Funktion ganz überwiegend abgelehnt, ihre stückweise Übertragung wird durch Macht des Faktischen Schritt für Schritt erzwungen. Die Bundesregierung und mit ihr die Mehrheit der Bundestagsparteien war und ist zu dieser Übertragung einer erweiterten Funktion der Zentralbank nur bereit, wenn diese Kompetenzausweitung in der Geldpolitik durch einen Kompetenzverlust der beteiligten Staaten in der Fiskalpolitik kompensiert wird. Wir verstehen diese Auseinandersetzungen um Fiskalpakt und ESM besser, wenn wir berücksichtigen, dass es sich hier um einen Deal handelt, die Zentralbank bekommt – wenn auch über den Umweg einer neuen Institution, dem ESM, der Kredite an Staaten vergeben soll - mehr Kompetenzen in der Geldpolitik (eine Entscheidung, die aus der Sicht des deutschen Monetarismus heftig kritisiert wird) und zugleich wird den Staaten das Instrument der Staatsverschuldung weitgehend verstümmelt und aus der Hand genommen - was wiederum die Minderheit der deutschen Keynesianer kritisiert. Es wird widerwillig eingesehen, dass die Staaten bzw. die Banken in den einzelnen Nationalstaaten eine massive finanzielle Unterstützung benötigen, andererseits werden für die Zukunft Zwangsinstrumente geschaffen, die eine weitere Staatsverschuldung ausschalten sollen. Die Funktion der Zentralbank als Gläubiger der letzten Instanz wird in der kurzen Frist und verbunden mit umständlichen Auflagen ermöglicht, zugleich werden die Handlungsmöglichkeiten der Staaten so beschnitten, dass in der Zukunft diese Funktion der Zentralbank faktisch überflüssig wird. Wenn die „Wirtschaftswoche“ aktuell schreibt, dass die Bundestagsabgeordneten nicht wissen, was sie tun, so ist diese Einschätzung korrekt. Sie wissen auch nichts über die politisch-ökonomischen Folgen ihrer ad hoc-Entscheidungen.

2. In Deutschland besteht parteienübergreifend ein breiter Konsens in der Stützung einer Politik, die kritisch auf die Vermeidung von Inflation gerichtet ist. Ich bezeichne diesen Konsens hilfsweise als eine instinktive Übernahme einer einfachen Variante der Quantitätstheorie des Geldes. Diese Sichtweise wird von Menschen übernommen, die selbst nichts von dieser Theorie und ihren verschiedenen Varianten von David Ricardo bis Milton Friedman und dessen aktuellen Ideologen wissen. Die Quantitätstheorie des Geldes hat ihre Anhänger auch in der SPD und den GRÜNEN, aber auch in den Gewerkschaften und in der Partei DIE LINKE. Hans-Georg Backhaus geht soweit, dass er dem gesamten traditionellen Marxismus vorwirft, mit der Verkennung des Unterschieds von Wertgröße und Wertform zentrale Elemente der Marxschen Geldtheorie nicht verstanden zu haben und deshalb in einer unbewussten Nähe zur Quantitätstheorie des Geldes zu stehen (Backhaus 1997, 109ff.). Sowohl aus der Sicht der Marxschen Theorie (siehe Heinrich 2006), wie der Keynesischen Theorie (siehe Heine/Herr 2003) wird die Quantitätstheorie des Geldes kritisiert. Dass die Quantitätstheorie des Geldes populär ist, ohne dass ihre Anhänger entsprechende volkswirtschaftliche Lehrbücher gelesen haben, basiert darauf, dass der Zusammenhang von realer Wertschöpfung und im Umlauf befindlicher Geldmenge nahezu jedem Wirtschaftsakteur als plausibel erscheint, und der Teil des Geldes, der außerhalb der Warenzirkulation sich befindet – z.B. in der Haltung als Geldvermögen - und in sie nicht eingeht, im Alltagsbewusstsein der Akteure nicht präsent ist. Auf der Basis der Dominanz dieser Sichtweise im Alltagsbewusstsein gibt es einen parteiübergreifenden kritischen Konsens gegenüber allen Versuchen, die Geldmenge über den Weg des Kredits und der Geldschöpfung auszuweiten. Dabei ist die Geldschöpfung „aus dem Nichts“ seit 1912 in der Dogmengeschichte der Nationalökonomie bekannt (Schumpeter).

Marx selbst hat die verschiedenen Formen von Geld und Kapital bis zum bloß zinstragenden Kapital als Zusammenhang von „verrückten Formen“, das zinstragende Kapital ausdrücklich als „Mutter aller verrückten Formen“ (MEW 25, 483) bezeichnet. Diese von mir vorgetragene Lesart der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie ist innerhalb des tradierten Marxismus hoch umstritten. Die Betonung der Bedeutung der Wertformanalyse für die Geldtheorie, aber auch für den Zusammenhang von ökonomischen Formen und Bewusstseinsformen (die Bedeutung der „Mystifikationen“ oder „Verkehrungen im Bewusstsein“) wird aus der Sicht prominenter Vertreter des überlieferten Marxismus als „Ökonomismus und Opportunismus“ abgelehnt, weil in dieser Sicht die zentrale Bedeutung des Klassenkampfes verkannt wird.

Dass die Quantitätstheorie des Geldes durch diese „verrückten Formen“ für das Alltagsbewusstsein der Wirtschaftsakteure prägend ist, wird wiederum ausgerechnet von den Kritikern des Fiskalpakts und des ESM nicht verstanden. Sie benötigen daher den Rückgriff auf eine zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und der Transferempfänger ausgeheckte erfolgreiche Verschwörung einer Minderheit von Mächtigen. Für den klugen Keynesianer Stephan Schulmeister sind die konzeptiven Ideologen dieser Verschwörung die monetaristischen Ökonomen, also Milton Friedman und die Chicago Boys bzw. die europäischen Vertreter dieser Schule (Schulmeister 2012). Für einen Teil der LINKEN sind es die bekannten Großbanken, die wie Puppenspieler die Politik als ihre Marionettenbühne benutzen (Wagenknecht 2012). Hier ergeben sich bereits interessante Schnittmengen zu der neokonservativen Geld- und Kreditkritik, wie sie populär von Max Otte formuliert wird (Otte 2011).

3. Die Argumente von SPD und GRÜNEN in dieser Debatte: diese beiden Parteien vertreten in dieser Auseinandersetzung weitgehend die gleichen Argumente, im Rahmen der politischen Rhetorik wirken die GRÜNEN in dieser Handlungsgemeinschaft ein kleines Stück nach links verschoben. Beide Parteien sind ganz entschieden für die Beibehaltung der Währungsunion und sie sind auch für eine Vertiefung der Währungsunion in dem Sinn, dass sie für eine Angleichung der Fiskalpolitiken der einzelnen Länder in der Währungsunion plädieren. Auf den Handlungsebenen der Lohnpolitik und der Sozialpolitik haben sie sich als Handlungsgemeinschaft bis heute nicht auf das Ziel einer in-nereuropäischen Angleichung als längerfristiger Prozess festgelegt. Sie treten in sozial- und lohnpolitischen Fragen für die Durchsetzung von Mindeststandards in den einzelnen Staaten ein. In der Frage der Erweiterung der geldpolitischen Kompetenzen der EZB äußern sie sich nicht. Das kann daran liegen, dass sie nach wie vor das (untaugliche und makroökonomisch falsche) Modell der deutschen Bundesbank auch für Europa für sinnvoll halten. Es kann auch sein, dass sie nicht wagen, in dieser Frage eine abweichende Position zu beziehen, weil sie um die Popularität des Bundesbankmodells wissen. Es spricht auch einiges für die Annahme, dass mindestens große Teile der Bundestagsfraktionen von SPD und GRÜNEN mit dieser Frage der Rolle der Geldpolitik und der Geldmengensteuerung einer Zentralbank generell nichts anfangen können. In beiden Fraktionen gibt es kleine keynesianische Minderheiten, die der Zentralbank gerne größere Kompetenzen geben würden. Der Einfluss dieser Minderheiten in den Fraktionen ist gering, für große Teile der parlamentarischen Linken geht es bei diesen Entscheidungen in erster Linie um die Rettung der Währungsunion, die negativen Effekte von Haushaltseinsparungen werden in der Regel unterschätzt - eine ökologisch motivierte Kritik am kapitalistischen Wachstumsmodell, die wir sowohl bei den GRÜNEN, wie auch in der SPD kennen, verstärkt diese Haltung. Der harte Unterschied zu den Vorschlägen der Bundesregierung liegt darin, dass SPD und GRÜNE neben der Notwendigkeit einer allgemeinen Haushaltskonsolidierung, also einer allgemeinen Schuldenbremse, zugleich für Wachstums- und Investitionsimpulse eintreten und eine sog. Finanztransaktionssteuer als Instrument der Einnahmen des Staates durchzusetzen versucht haben. Die ökonomischen Effekte dieser Steuer sind gegenwärtig schwer zu schätzen, besonders groß dimensioniert werden sie nicht ausfallen. SPD und GRÜNE präsentieren sich in der gegenwärtigen Konstellation als Parteien ohne ein wirtschaftspolitisches Konzept. Sie haben sich von der neoklassisch geprägten Wirtschaftspolitik der Ära Schröder/Fischer ein Stück weit distanziert, sind aber mehrheitlich in das deutsche Modell einer auf Leistungsbilanzüberschüsse orientierten Exportwirtschaft nach wie vor eingebunden. Das gilt auch für die Gewerkschaften IG Metall und IG BCE, die der Auffassung sind, in diesem Modell bessere Beschäftigungsperspektiven ihrer Mitglieder berücksichtigt zu sehen. SPD und GRÜNE sind zu partiellen Korrekturen in Sachen Mindestlohn und Steuern bereit, aber sie haben das bestimmende wirtschaftspolitische, also hier neoklassische Paradigma noch nicht gewechselt. Am Rande von SPD und GRÜNEN gibt es keynesianische Positionen in der Wirtschaftswissenschaft (Peter Bofinger, Gustav Horn u.a.), die den Fiskalpakt und auch den ESM kritisch sehen und ablehnen, aber in der SPD selbst gibt es darüber keine wahrnehmbare parteiinterne Debatte. Allerdings wirkt diese keynesianische Kritik zurück in die Gewerkschaften, in denen wohl überwiegend diese Entscheidungen abgelehnt oder kritisch gesehen werden, sofern sie überhaupt wahrgenommen werden. Das ist, wenn über die Chancen und Risiken einer Volksabstimmung diskutiert wird, ein heikler Punkt. Die Geldvermögensbesitzer interessieren sich aus eigennützigen Motiven und mit allmählich nationa-

listischer Rhetorik gegen mögliche Wertverluste. Der aktuelle Aufruf neokonservativer Ökonomen markiert eine „zivilgesellschaftliche“ Variante dieser Sichtweisen, es spricht hier der deutsche Stammtisch, aber mit zurückhaltender Diktion, sozusagen auf akademischen Niveau.

Aus einer makroökonomischen Sicht ist diese versuchte Kombination von Angebotspolitik und einer kleinen Prise Nachfragepolitik eindeutig asymmetrisch. Die Effekte der durch die Konsolidierung der Staatshaushalte erzwungenen Dämpfung von Konsum und öffentlichen Investitionen sind viel größer als die bescheidenen Wachstumseffekte zusätzlicher Investitionen. In der gegenwärtigen konjunkturellen Situation wird der Fiskalpakt daher eindeutig prozyklisch wirken, anders gesagt, er wird die bereits vorhandenen bzw. sich abzeichnenden Tendenzen einer europäischen, aber auch weltweiten Rezession massiv verstärken. In diese Rezession rutschen die europäischen Staaten dann mit quasi gefesselten Händen, weil sie die fiskalpolitischen Instrumente zu einer antizyklischen Politik komplett abgegeben haben. Aus dieser Sicht war die deutliche Kritik aus den USA an der restriktiven Politik der Bundesregierung im Rahmen der versuchten Stabilisierung der Währungsunion völlig berechtigt. Auch die deutsche Kritik an der Verschuldung der USA ist kennzeichnend. Die USA müssen sich auch deshalb noch mehr verschulden, weil die Europäische Union unter dem Druck der Bundesregierung nicht in der Lage ist, entsprechende fiskalische und geldpolitische Impulse zu geben. Je restriktiver, also wachstumsfeindlicher die Währungsunion handelt, umso stärker müssen die USA die Rolle der Lokomotive in der Weltwirtschaft spielen und sie können dies nur über die Fortsetzung ihrer Verschuldung umsetzen. Würden sich die USA ähnlich verhalten wie die Europäische Union wäre der Kollaps der Weltwirtschaft vorprogrammiert. Gerade wegen dieser Rolle, die die USA und die US-Zentralbank nach wie vor spielen, stehen diese wiederum im Zentrum der Kritik aus konservativer und neoliberaler Sicht (siehe Otte 2011).

4. In der Fraktion und in der Partei DIE LINKE kennen wir in dieser Auseinandersetzung mindestens zwei (wenn nicht sogar drei) unterschiedliche Positionen, die sich in der Ablehnung des Fiskalpakts/ESM allerdings treffen und auch treffen können.

Das ist einmal die Sichtweise von der Finanzkrise als Resultat einer finanzkapitalistischen Verschwörung, die die Ursachen der Krise im Wesentlichen auf dem Sektor der Finanzmärkte als dem Terrain der Zocker und Spekulanten, die jetzt von den Staaten gerettet worden sind und weiter gerettet werden müssen. Diese Sichtweise, die von Wagenknecht sehr klar und entschieden vertreten wird, aber auch Anhänger auf dem linken Flügel der IG Metall und von ver.di und GEW findet, hat gemeinsame Schnittmengen mit neokonservativ-monetaristischen Denkweisen, die sich aber nicht auf den Finanzmarkt generell, sondern auf bestimmte südeuropäische Akteure, Staaten wie Banken, in diesem Konflikt konzentrieren. Bestimmte Übereinstimmungen zwischen Wagenknecht auf der einen und Gauweiler, Sinn, Sarrazin und Henkel auf der anderen Seite haben ihre innere Logik. Auch in der Wortwahl vom „Putsch oder Staatsstreich gegen die Verfassung“ stimmen Wagenknecht und Hubert Aiwanger überein. Die politischen Intentionen dieser Seiten sind grundverschieden, aber partielle Übereinstimmungen zwischen links und rechts sollten uns nicht überraschen. Sie begründen sich in einem gemeinsamen Verständnis von richtiger Wirtschaftspolitik als Tugendlehre, das auf einer gemeinsamen instinktiven Zustimmung zum deutschen Ordoliberalismus (Wendl 2011) basiert, einer Tendenz zur Moralisierung ökonomischer Fragen und zu der Neigung, politische Prozesse als Verschwörung zu inszenieren, eine „Dämonisie-

rung des Unbekannten“ (Wendl 2012) oder gar des Unheimlichen. Dazu passt auch der aktuelle Aufruf deutscher Ökonomen aus dem Lager der neoklassischen Dogmenlehre und des Monetarismus gegen die Vereinbarungen des aktuellen Euro-Gipfels. Olaf Storbeck (Handelsblatt) hat die Kernaussagen dieses Aufrufs auf das Niveau von Alexis Tsipras, dem Vorsitzenden griechischen Linksbündnisses Syriza gesetzt, und wurde durch Sahra Wagenknechts Zustimmung zu dem von Sinn initiierten Aufruf prompt bestätigt.

Marx hat diese Neigung, nicht verstandene Zusammenhänge sich verständlich zu machen, zu Beginn des 2. Kapitels des „Kapital“ Band 1, in dem er sich die Mühe macht, zwischen der Größe des Werts und der Form des Werts zu unterscheiden, darauf hingewiesen, dass es den Menschen darum geht, den „rätselhaften Gestalten menschlicher Verhältnisse, deren Entstehungsprozess man noch nicht entziffern konnte, wenigstens vorläufig den Schein der Fremdheit abzustreifen“ (MEW 23, 106). Damit will ich nur sagen, dass wir uns bemühen, Konstruktionen und Modelle für Prozesse und Zusammenhänge zu finden, die wir, analytisch gesehen, noch nicht verstanden haben. Wir machen sie damit für uns verständlich und können uns darüber etwas zu erklären versuchen, was uns ansonsten rätselhaft erscheint. Der Soziologe Niklas Luhmann hat dieses Verfahren als „Reduktion von Komplexität“ gekennzeichnet. Eine moderate Version dieser Reduktion von Komplexität hat aktuell H. J. Urban (IG Metall) präsentiert. Er schreibt: „Es (ist) durch ein Meisterstück interessengeleiteter öffentlicher Manipulation gelungen (...), die Krise des Finanzmarktkapitalismus in eine Krise der Staatsverschuldung umzudeuten“. Da stellt sich die Frage, wer hier mit diesem Stück seinen Meister gemacht hat? Es sind, antwortet Urban, „die Finanzmarktakteure“, die dem „Opportunismus der Regierungen misstrauen, weil diese sich in demokratischen Staaten zumindest normativ nach dem Mehrheitswillen der Bevölkerung und ihrer Wählerschaft richten sollen“ (Urban 2012). Solche Annahmen unterstellen, dass es so eine Art strategischen Plan der wichtigen Finanzmarktakteure zur gezielten Entmachtung der Parlamente, zur Zerschlagung oder mindestens Schwächung der Gewerkschaften gibt (siehe, wenn auch etwas differenzierter Schuhler 2012). Das ist verschwörungstheoretischer Unsinn, der aber mit Entschiedenheit geglaubt wird und überzeugte Anhänger findet. Mit dieser verschwörungstheoretischen Konstruktion stimmt auch Max Otte, der um die Nähe seiner Erklärung zu Verschwörungstheorien weiß, und deshalb gleich sagt, dass seine Erklärung keine solche sei. In seiner Schrift „Stoppt das Euro-Desaster“ lobt er ausdrücklich Sahra Wagenknecht. Otte verwendet regelmäßig den von Lenin in die Diskussion gebrachte Begriff der „Finanzoligarchie“ zustimmend (er nennt als Begründer dieses Begriffs allerdings Louis Brandeis) und stützt sich bei seiner Argumentation auf Rudolf Hilferdings „Finanzkapital“. Auch den Neokonservativen Geld- und Kreditkritikern ist ihre teilweise Übereinstimmung mit einer bestimmten Variante des tradierten Marxismus durchaus geläufig. Auch innerhalb der LINKEN gibt es erste Anzeichen, sich vom Projekt einer Europäischen Union zu verabschieden, weil es innerhalb der Nationalstaaten leichter ist, den Klassenkampf mit antikapitalistischen Zielsetzungen zu führen. (Wehr 2012). Die berüchtigten Finanzmarktakteure allerdings, insbesondere Pensionsfonds und Versicherungen, die angeblich diese Rettungsmaßnahmen vorgedacht haben, werden mit dem Herunterfahren der Staatsschulden eher nicht glücklich werden, weil sich dadurch für sie relativ risikoarme Anlagefelder deutlich verringern und sie auf riskantere Engagements angewiesen werden.

Die harte, den weiteren Bestand der Währungsunion akut gefährdende Politik der Bundesregierung versucht im Gegenteil in dieser Frage gerade die Mehrheit des Wählerwillens zu treffen und den Wählerwillen auf diesem Weg einer versuchten Rettung des Euro mitzunehmen und verfehlt diesen Wählerwillen exakt am linken und am rechten Rand des politischen Spektrums. Der rechte Rand des politischen Spektrums kritisiert die Unterstützung europäischer Staaten durch den ESM zunächst aus der Sicht der Angst wohlhabender Bürger vor Vermögensverlusten und Inflation und ihren Möglichkeiten der demokratischen Partizipation durch die Gründung einer europäischen Haftungsgemeinschaft und eine lockere Geldpolitik der EZB, während die LINKE in diesem Prozess einen Plan der Finanzoligarchie zu einen systematischen Abbau von parlamentarischer Demokratie und der Rechtsposition von abhängig Beschäftigten sieht, und daran verzweifelt, dass von den Gewerkschaften nahezu kein Widerstand geleistet wird.

Der rationale, demokratietheoretische Kern der Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht ist politisch zu unterstützen. Es geht um die Verhinderung der Selbstentmachtung der Parlamente auf der Basis ihrer eigenen und selbst eingestandenen makroökonomischen Nichtkompetenz und der daraus resultierenden politischen Ohnmacht. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird dann auch Klarheit über die Möglichkeiten der Kündigung dieser völkerrechtlich gestalteten Verträge bringen. Anders als es DIE LINKE behauptet, ist diese Frage der Kündbarkeit juristisch durchaus umstritten. Das ist zumindest ein Zwischenergebnis der Klageschrift, die Andreas Fisahn und Hans-Peter Schneider für die LINKE vor dem Bundesverfassungsgericht eingelegt haben.

Die zweite und alternative Position in der LINKEN ist eine keynesianische, genauer eine linkskeynesianische Sicht. Sie geht gerade nicht davon aus, dass die Krise auf den Finanzmärkten entstanden ist, sondern ihre tieferen Gründe in realwirtschaftlichen Ungleichgewichten hat, die zu einer Aufblähung und tendenziellen Verselbständigung des Finanzsektors von der Güter- und Dienstleistungswirtschaft hat (die Trennung von Realwirtschaft und Finanzsektor ist problematisch). Diese Position greift mit der Forderung nach einer „Ausgleichsunion“ einen alten Vorschlag von Keynes (die Currency bzw. Clearing Union) wieder auf und sie plädiert für die Ermächtigung der Zentralbank zu einem Gläubiger der letzten Instanz, der den Staaten im Krisenfall Kredite zur Verfügung stellt (Troost/Hersel 2012). Diese Sichtweise hat sich aber weder in der Fraktion, noch in der Partei durchsetzen können. Aus dieser Position ist aber die Forderung in das Programm der Partei übernommen worden, dass die Zentralbank die Staaten direkt ohne den teuren Umweg über die Geschäftsbanken mit Krediten versorgt. Das ist eine bekannte Forderung der MEMORANDUM-Gruppe seit Ende der 1970er Jahre. Ich nehme an, dass der großen Mehrheit in dieser Partei noch nicht einmal in Ansätzen klar ist, dass ihre Partei hier Sichtweisen, die bezogen auf ihre theoretische Begründung durchaus konträr sind, vertritt. Die Partei hat diese Forderung nach einer direkten Kreditvergabe der Zentralbank an die Staaten übernommen weniger aus einer keynesianischen Sicht der Zentralbank als Gläubiger der letzten Instanz, sondern aus einem vulgärmarxistischen Motiv heraus übernommen. Den Geschäftsbanken soll die Möglichkeit genommen werden, mit der Staatsverschuldung selbst wieder Geld zu verdienen. Das kommt auch im Motto „Die Profiteure zur Kasse“ zum Ausdruck.

Der Alarmismus, den diese Partei veranstaltet, hat eine positive Seite. Er kann als Alarmzeichen auf die Gewerkschaften, aber auch auf die SPD wirken, dass diese solche Fragen und Entscheidungen innerhalb ihrer eigenen Organisationen verstärkt zu

ihren Themen machen müssen. Negativ an diesem Alarmismus ist, dass er faktisch nicht aufklärend im Sinne der Verdeutlichung schwieriger ökonomischer Zusammenhänge und ihrer krisenhaften Verdichtungen wirkt. Diese hat die Partei selbst nicht hinreichend verstanden. Was sie zu diesen Fragen macht, ist nicht mehr als Agitprop. "Die deutsche Linke muss die Empörung über die Verursacher und Profiteure der Krise entfachen" schreiben De Masi und Krämer (2012). In diesem Zitat bündeln sich zwei Hilflosgkeiten: eine analytische, weil die Profiteure und die Verursacher nicht nur nicht identisch sind, sondern auf verschiedenen Ebenen von Gesellschaft handeln, und zugleich auch eine politische. Das Entfachen von Empörung kann in dieser Sichtweise, in der angeblich die Meisterstücke öffentlicher Manipulation funktionieren, gerade nicht zur Wirkung kommen. Die LINKE versucht, eine linke BILD zu sein. Das kann in so komplizierten Fragen nicht gut gehen. Formen und Inhalte können nicht einfach getrennt werden. Einsichten in schwierige makroökonomische Zusammenhänge entziehen sich der Sprechweise von BILD, aber auch der Sprechweise der LINKEN.

Literaturhinweise:

Backhaus, Dialektik der Wertform, Freiburg 1997

De Masi,/Krämer, Der Traum ist aus –Linke und Europäische Union, Luxemburg 2-2012

Händel/Puskarev, Europa- ein linkes Projekt, Luxemburg 2-2012

Heinrich, Die Wissenschaft vom Wert, Münster 2006

Heine/Herr, Volkswirtschaftslehre, München-Wien 2003

Marx, Das Kapital Bd.1 und Bd.3 (MEW 23, MEW 25)

Otte, Stoppt das Euro-Desaster, Berlin 2011

Schulmeister, Ausgetrickst von den Chicago-Boys, SZ v. 23.6.2012

Troost/Hersel, Die Euro-Krise als Zäsur, www.zeitschrift-luxemburg.de

Urban, Europa neu begründen, Sozialismus 7-8/2012

Wehr, Griechenland, die Krise und der Euro, Köln 2012

Wendl, Linke Wirtschaftspolitik als Tugendlehre, Sozialismus 12/2011

Wendl, Die Dämonisierung des Unbekannten, Sozialismus 5/2012